

19. November 2021

KW 46: Coronabeschlüsse von Bund und Ländern, Einladung zur Infoveranstaltung zum Sonderfonds für Kulturveranstaltungen, ...

... Kulturpolitische Fragen an die künftige Bundesregierung, Text der Woche

Sehr geehrte Damen und Herren,

gestern Abend haben nach der Änderung des Infektionsschutzgesetzes durch den Deutschen Bundestag am Morgen Bund und Länder Beschlüsse gefasst, die unmittelbar den Kulturbereich berühren.

Ab bestimmten Grenzwerten gilt in den Bundesländern flächendeckend 2G oder gar 2G Plus. 2G erlaubt den Zugang unter anderem zu Kulturveranstaltungen ausschließlich für Geimpfte und Genesene, 2G Plus verpflichtet Geimpfte und Genesene zudem zu einem aktuellen Schnelltest. Ausschlaggebend wird dafür künftig die Hospitalisierungsrate (siehe Tabelle) sein. Der Wert gibt auf 100.000 Menschen gerechnet an, wie viele Corona-Infizierte in den vergangenen sieben Tagen ins Krankenhaus eingewiesen werden mussten. Liegt die Hospitalisierungsrate **über 3 und unter 6**, gilt in dem Bundesland **2G** (Sachsen 4,14; Baden-Württemberg 5,68; Mecklenburg-Vorpommern 5,96; Hessen 4,80; Nordrhein-Westfalen 4,08; Brandenburg 3,52; Rheinland-Pfalz 3,34; Berlin 3,00; Bremen 4,41; klettert sie **über den Wert 6** folgt **2G Plus** (Bayern 8,65). Ausnahmen für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind möglich.

Eine Länderöffnungsklausel gibt den einzelnen Bundesländern zudem die Möglichkeit einen Lockdown zu beschließen. Sollte die Hospitalisierungsrate **über 9** steigen, dürfen die Landtage von „**den weitergehenden Möglichkeiten des Infektionsschutzgesetzes konsequent Gebrauch machen**“ (Thüringen 18,54; Sachsen-Anhalt 11,97). Es sind dann auch Ausgangssperren für Ungeimpfte und Schulschließungen möglich.

Hospitalisierungen nach Bundesländern - Neuaufnahmen von Covid-Patienten in Krankenhäusern (Stand 18.11.2021)

Thüringen	18,54
Sachsen-Anhalt	11,97
Bayern	8,65
Mecklenburg-Vorpommern	5,96
Baden-Württemberg	5,68
Hessen	4,80
Bremen	4,41
Sachsen	4,14

19. November 2021

Nordrhein-Westfalen	4,08
Brandenburg	3,52
Rheinland-Pfalz	3,34
Berlin	3,00
Schleswig-Holstein	2,75
Saarland	2,64
Niedersachsen	2,32
Hamburg	1,62
Deutschland (Durchschnitt)	5,30

Der Wert gibt auf 100.000 Menschen gerechnet an, wie viele Corona-Infizierte in den vergangenen sieben Tagen ins Krankenhaus eingewiesen werden mussten.

Die von Bund und Ländern geschlossene Maßnahmen treffen den Kulturbereich wieder hart. Hätte man rechtzeitig gegengesteuert, hätte man eine Impfpflicht beschlossen, hätte sich das alles vermeiden lassen. Jetzt werden viele Menschen leiden und sterben.

- Gestern Nacht habe ich im Deutschlandfunk Kultur ein Interview zum Thema gegeben: [Nach dem Corona-Gipfel: Was bedeuten die Beschlüsse für die Kultur?](#)

Mein Appell ist: Lassen Sie sich bitte impfen! Lassen Sie sich bitte boostern! Es ist für Sie und für alle anderen wichtig.

Mit freundlichen Grüßen

Olaf Zimmermann
Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates
twitter.com/olaf_zimmermann

PS. Etwas Positives möchte ich doch noch berichten: Gestern hat der Deutsche Bundestag die pandemiebedingten Ausnahmeregelungen (Unterschreitung des Mindesteinkommens sowie Möglichkeit bis zu 1.300 Euro/Monat aus nicht-künstlerischer selbständiger Tätigkeit hinzu zu verdienen) für die Künstlersozialversicherung bis Ende 2022 verlängert. Das hatten wir dringend gefordert. Einzelheiten finden Sie [hier](#).

Außerdem haben die Bundeskanzlerin sowie die Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen gestern beschlossen, dass die Überbrückungshilfe III Plus (einschließlich der Neustarthilfe) und die Regelungen zum Kurzarbeitergeld bis zum 31.03.2022 verlängert werden. Auch unserer Forderungen.

Sonderfonds Kulturveranstaltungen

Damit trotz der widrigen Umstände Kulturveranstaltungen durchgeführt werden können, hat der Bund einen Sonderfonds Kulturveranstaltungen in einer Größenordnung von 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Der Deutsche Kulturrat vertritt den Kulturbereich im Lenkungsausschuss des Fonds.

Der Sonderfonds besteht aus zwei Modulen:

Eine **Wirtschaftlichkeitshilfe** gewährleistet, dass Veranstaltungen auch dann durchgeführt werden können, wenn aus Gründen des Infektionsschutzes weniger Besucherinnen und Besucher zugelassen sind und somit weniger Tickets verkauft werden können. Deshalb gibt es einen Zuschuss auf die Einnahmen aus Ticketverkäufen, um die Finanzierungslücke solcher Veranstaltungen zu schließen.

Eine **Ausfallabsicherung** soll Veranstaltern zudem Planungssicherheit für größere Kulturveranstaltungen geben. Deshalb übernimmt der Sonderfonds für förderfähige Veranstaltungen im Falle coronabedingter Absagen, Teilabsagen oder Verschiebungen den größten Teil der Ausfallkosten.

Hier erhalten Sie aktuelle Informationen zur Beantragung der Sonderfondsmittel:

1. [Allgemeine Fragen](#)
2. [Registrierung und Antragstellung \(relevant für beide Module\)](#)
3. [Wirtschaftlichkeitshilfe für Veranstaltungen bis zu 2.000 Teilnehmenden](#)
4. [Ausfallabsicherung für Veranstaltungen mit mehr als 2.000 möglichen Teilnehmenden](#)
5. [Welche Kosten sind im Rahmen des Sonderfonds für Kulturveranstaltungen förderfähig?](#)

Noch weitere Fragen?

Service-Hotline 0800 6648430

service@sonderfonds-kulturveranstaltungen.de

Wichtig: Einladung zur Informationsveranstaltung Unterstützung durch den Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen bei 2G oder 2G+

Vor dem Hintergrund der sich aktuell wieder zuspitzenden Pandemie-Situation kommt es bundesweit erneut zu verschärften behördlichen Auflagen für öffentliche Veranstaltungen.

19. November 2021

Im Zusammenhang mit dem Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen stellt sich für viele Veranstalter unter anderem die Frage, inwieweit die geplanten bzw. bereits in einigen Bundesländern vorgegebenen 2G(+)-Regelungen Auswirkungen auf die Antragstellung haben.

- **Daher laden die Bundesländer und der Deutsche Kulturrat am 2. Dezember 2021 von 14:00-15:30 Uhr zu einer weiteren Online-Infoveranstaltung ein.**

In der Info-Veranstaltung präsentieren Vertreter der Länder gemeinsam mit dem Deutschen Kulturrat und der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien die Aktualisierungen des Programms und beantworten Fragen der Teilnehmenden - insbesondere mit Blick auf die neuesten Entwicklungen.

- **Eine Anmeldung ist notwendig!**

Die Infosession wird aufgezeichnet und im Nachhinein auf dem [YouTube-Kanal von Kreativ Kultur Berlin](#) zur Verfügung gestellt.

Eine tiefgehende Einführung in die Grundlagen des Förderprogramms wird es in dieser Infosession nicht mehr geben.

Hierzu können Sie sich in den [FAQ](#) und den [Aufzeichnungen der vergangenen Infosessions](#) informieren.

Fragen an die künftige Bundesregierung - Mehr Kulturpolitik wagen!

Was für eine Kulturpolitik sollte die künftige Ampel-Koalition machen? Eine starke, heißt es in unserem Kulturpolitischen Salon. Zumal die Pandemie gezeigt habe, dass die Kultur nicht krisenfest ist. Hilft da ein Staatsziel Kultur im Grundgesetz?

Der Kulturpolitische Salon ist ein Diskussionsforum in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bühnenverein, dem Deutschen Kulturrat und Deutschlandfunk Kultur.

Die Aufzeichnung fand am 11. November im Deutschen Theater Berlin statt. Ausgestrahlt wurde die Sendung am 14. November 2021 ab 01.05 (für Menschen mit Schlafstörungen) auf Deutschlandradio Kultur. Sie ist weiterhin im Netz abrufbar.

19. November 2021

Beim Kulturpolitischen Salon im Deutschen Theater diskutierten:

- Lavinia Frey, Geschäftsführerin Programm und Projekte, Stiftung Humboldt Forum
- Christiane Peitz, Kulturredakteurin Der Tagesspiegel
- Thomas E. Schmidt, Feuilletonredakteur Die Zeit
- Olaf Zimmermann, Geschäftsführer Deutscher Kulturrat

Moderation: Hans Dieter Heimendahl

- **Die Sendung kann hier nachgehört werden!**

Text der Woche: Susanne Keuchel „Bildungsideal Humboldt reloaded?“

Die fortschreitende Ökonomisierung im Zuge der Globalisierung hat unser Bildungssystem stark verändert. Gestaltungsoptionen der Nationalstaaten wurden deutlich reduziert zugunsten technokratischer Vorgaben, hier vor allem Gutachten und Testverfahren von Stiftungen, allen voran Bildungsstandards der OECD. Im Vordergrund steht die wirtschaftliche Verwertung von Bildung, die Schöpfung des „Humankapitals“ für den Arbeitsmarkt durch Entrümpelung der Lehrpläne hin zu berufs- und handlungsorientiertem Wissen und Kompetenzen.

Susanne Keuchel ist Präsidentin des Deutschen Kulturrates.

Lesen Sie den Text hier!

Letzte Meldung

Das Interesse an den Corona-Chroniken des Deutschen Kulturrates ist so groß, dass wir uns entschlossen haben, das Buch neben der Printausgabe auch als kostenfreies E-Book (pdf-Datei) anzubieten.

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat